

# Klimabündnis Karlsruhe

## Für ein gutes Leben in Karlsruhe: Klimaschutz.Gemeinsam.Jetzt.

Einer aktuellen Studie<sup>1</sup> zufolge haben die wegen der Covid-19-Pandemie verhängten Lock-down-Maßnahmen im ersten Halbjahr 2020 zu einer Reduktion des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um ca. 8,8% geführt. Aber: Falls die Menschheit eine Klimakatastrophe abwenden will, müssen wir bis 2030 jedes Jahr eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in etwa dem gleichen Ausmaß einhalten. Jeder Mensch und jede Regierung weltweit sind nun gefragt.

### Das Klimabündnis Karlsruhe fordert für unsere Stadt:

- Keine Einsparungen beim Klimaschutzkonzept. Volle Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom April 2020
- Ausbau der Photovoltaik (10 MWp in 2021, Steigerung auf 30 MWp pro Jahr bis spätestens 2025)
- Qualifizierungsoffensive im Solarhandwerk
- Dekarbonisierung der Fernwärme bis 2030
- Weitere Stärkung des Rad- & Fußverkehrs sowie des ÖPNV
- Einführung der autofreien Stadt in ausgewählten Bezirken - u.a. in der Innenstadt
- Reduzierung der KFZ-Parkplätze im öffentlichen Raum auf das notwendige Minimum

Unsere Forderungen zielen darauf hin, dass für die innerstädtische Mobilität, die Wärme- und Stromerzeugung und für Bau- und Sanierungsmaßnahmen innerhalb der nächsten zehn Jahre progressive Änderungen umgesetzt werden, die dazu führen, dass die Stadt nicht nur die Zielsetzung des Klimaschutzkonzeptes einhält, sondern die Emissionen auf dasjenige Maß beschränkt, das zur Mindestbegrenzung der Klimaerwärmung notwendig ist. Die Planungen hierfür müssen umgehend beginnen.

### 1. Klimaschutzkonzept ohne Abstriche zu 100% umsetzen!

Im April 2020 verabschiedete der Gemeinderat das neue Klimaschutzkonzept. Das darin verfolgte Ziel - eine klimaneutrale Stadt bis 2050 - reicht nicht aus: Wenn wir eine echte Chance haben wollen, die Erderwärmung gemäß dem Pariser Abkommen auf 1,5° Celsius zu begrenzen, müssen wir die Klimaneutralität schon 2035 erreichen.

Wir müssen also mehr tun, als im Klimaschutzkonzept beschlossen wurde. Stattdessen sieht die aktuelle Planung des städtischen Haushalts für 2021 nur ungefähr 17 Millionen Euro vor, anstelle der vorgesehenen 40 bis 50 Millionen Euro. Die Mittel fehlen z.B. für Fördermaßnahmen, zusätzliches Fachpersonal oder Qualifizierungen. **Das Klimabündnis fordert den Gemeinderat dringend auf, die Mittel für den Klimaschutz aufzustocken.** Die Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes muss jetzt höchste Priorität haben, sonst sind alle wortreichen Bekenntnisse zum Klimaschutz Makulatur.

Die Umsetzung der Maßnahmen und ihr Erfolg müssen für die Bevölkerung nachvollziehbar veröffentlicht werden. Ein „Klimaschutz-Monitor“, der diese Informationen stets aktuell und in gut verständlicher Form bereitstellt, auf der Homepage der Stadt Karlsruhe, in der Stadtzeitung und im öffentlichen Raum wäre hierfür sehr geeignet.

<sup>1</sup>Near-real-time monitoring of global CO<sub>2</sub> emissions reveals the effects of the COVID-19 pandemic. Nature Communications.

## **2. Photovoltaik-Ausbau mit 10 MWp in 2021 und 30 MWp pro Jahr bis spätestens 2025!**

Diese Zielsetzung basiert auf Zahlen aus dem Projekt ‚Faktor2‘, das von der Initiative FossilFree Karlsruhe vorangetrieben wird und zusammen mit dem Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des KIT entwickelt wurde.

Als Akteur\*innen für die Umsetzung kommen sowohl die Stadt mit ihrem eigenen Gebäudebestand infrage, als auch die Stadtwerke (ggfls. mit Contracting-Modellen), Genossenschaften, sonstige Wirtschaftsbetriebe und Privathaushalte.

Ein Grund für den schwachen Ausbau der Photovoltaik liegt in den ungünstigen gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen, wie z.B. die Hochschule für Technik und Wirtschaft (Berlin) in einer Studie Anfang 2020 nachgewiesen hat. Die Stadt Karlsruhe muss deshalb dafür Sorge tragen, dass in den Regelungen, die in kommunaler und Stadtwerke-Verantwortung sind, diese Hürden abgebaut werden und ihre Vertreter\*innen müssen sich darüber hinaus auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, dass dort solche Hürden fallen.

## **3. Qualifizierungsoffensive im Solarhandwerk**

Ein wesentliches Hemmnis für den schnellen Ausbau der Photovoltaik ist der Fachkräftemangel. Daher halten wir es für erforderlich, dass die Stadt gemeinsam mit Partnern (z. B. der Handwerkskammer) die Attraktivität von Berufen im Bereich der Energiewende fördert. Dies kann beispielsweise durch eine Ausbildungsförderung und öffentlichkeitswirksame Kampagnen geschehen.

## **4. Dekarbonisierung der Fernwärme bis 2030**

Durch die Dekarbonisierung der Fernwärme und den Ausbau der Photovoltaik wird die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt beträchtlich verbessert. Insbesondere für die Dekarbonisierung der Fernwärme muss die Stadt unverzüglich beginnen, eine tragfähige, detaillierte Roadmap inkl. eines Finanzierungskonzepts zu entwickeln. Unter anderem muss zügig geklärt werden, welchen Beitrag die Tiefengeothermie hierzu sinnvoll leisten kann. Der Bezug von Abwärme aus dem Kohlekraftwerk RDK8 sowie von der MiRo muss sobald wie möglich beendet werden. Dies wäre auch aus Gründen der langfristigen Sicherung der Fernwärme-Versorgung sinnvoll, da unter den aktuellen Dekarbonisierungsbestrebungen nicht gewährleistet ist, dass die MiRo mittelfristig noch einen Beitrag zur Fernwärme-Versorgung leisten können.

## **5. Mobilität**

An der Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzkonzept haben über 1.000 Bürger\*innen teilgenommen. Die zwölf von ihnen als besonders wichtig bewerteten Maßnahmen für den Klimaschutz sind alle im Sektor der Mobilität wirksam: Da wurde z.B. eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt verlangt, eine Stärkung des ÖPNV, des Fuß- und Radverkehrs, etc. – kurz: eine Mobilitätswende.

Wir fordern die Einführung von autofreien Zonen für die Stadt Karlsruhe bis 2030. Der Zeithorizont soll der Wirtschaft und den Bürger\*innen die Möglichkeit geben sich anzupassen.

Um diese Zonen zu ermöglichen, gehört zu unserem Vorschlag:

- Eine konsequente Reduktion der öffentlichen Parkplätze
- Eine stetige Erhöhung der Parkgebühren
- Eine Einführung von gut angebundenen P+R Möglichkeiten für Pendler\*innen und Besucher\*innen, inklusive Ticketkombination mit dem ÖPNV
- Eine mutige und konsequente Stärkung des Rad- & Fußverkehrs
- Zügige Elektrifizierung der städtischen Flotten, sowie von Taxis, Bussen, Rettungsdiensten etc.
- Ausbau der Ladeinfrastruktur

Wir möchten darauf hinweisen, dass autofrei hier nicht bedeutet, dass kein KFZ den Raum befahren darf. Natürlich müssen Anwohner\*innen zu Ihren Garagen kommen können, Rettungsdienste, Busse und Taxis durch die Stadt fahren dürfen und der Einzelhandel beliefert

werden. Jedoch sollte in Zukunft die Straße wieder dem Leben und nicht primär den Autos gehören.

Durch die oben genannten Maßnahmen würden die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Mobilitätsbereichs ganz erheblich sinken. Damit gehen u.a. folgende zusätzlichen Vorteile einher:

- Mehr Sicherheit vor allem für Kinder
- Luftverbesserung
- Abnahme der Lärmbelästigung
- Mehr Platz für öffentliches Leben in den Straßen unserer Stadt

## **6. Bauen und Sanieren**

Laut Umweltbundesamt entstehen 30% der direkten und indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland durch den Gebäudesektor. Daher sind der Bausektor und die Herangehensweise an Bauprojekte ein wichtiger Bestandteil des CO<sub>2</sub>-Reduktionspfads.

Wir fordern die Aufstockung des Personals in den zuständigen Ämtern für eine Kreislaufwirtschaft und ökologisches Bauen, damit bspw. Experten für ökologisches Bauen und Sanieren eingestellt werden können. Die vorgeschlagenen zehn zusätzlichen Stellen für den Klimaschutz insgesamt reichen bei weitem nicht aus!

Flächenversiegelung durch Garagen oder Einfamilienhaussiedlungen wie in „Knielingen 2.0“ können wir uns nicht mehr leisten. Dies muss in den Neubaugebieten, bspw. in Neureut und Aue verhindert werden.

Wir fordern ...

- Der Flächenverbrauch bei Wohnungsbauvorhaben muss durch die Bevorzugung von Mehrfamilienhäusern verringert werden.
- Schottergärten müssen der Vergangenheit angehören und Freiflächen, bspw. auch Einfahrten müssen - soweit möglich - begrünt werden.
- Gründächer und die Installation von Photovoltaik-Anlagen sollen bei Neubau verpflichtend werden.
- Gemeinschaftsprojekte wie Wohnungs-Genossenschaften mit ökologischer Ausrichtung müssen unterstützt werden.
- Bei Abnahme eines Neubaus muss ein Materialkataster erstellt werden, sodass beim Rückbau die Materialien wiederverwendet werden können (Kreislaufwirtschaft). Die Nutzung von klimaneutralen Bau- & Dämmmaterialien wie Holz, Stroh, Algen, etc. soll gezielt gefördert werden.
- Bei Neubau und Ausbau von Wohn- und Geschäftshäusern muss Holzbau zum Standard werden. Betonbau soll nur noch zum Einsatz kommen, wenn zwingende Gründe (z.B. Statik) es erfordern. Für Bauvorhaben von Stadt und Volkswohnung muss dieser Vorrang verbindlich festgelegt werden.

Das Klimabündnis Karlsruhe fordert, dass alle Ebenen in Politik und Verwaltung die gesicherten Erkenntnisse der Klimawissenschaft anerkennen und ihnen gerecht werden. Gerade in der Corona-Krise darf die Klima-Krise nicht vergessen werden. Die notwendigen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung müssen dem Klimaschutz dienen und dürfen keinesfalls überholte alte Strukturen wiederbeleben.